

Dr. Astrid Séville

**»Die Rhetorik von Alternativlosigkeit und Sachzwang«**  
Warum wir eine demokratische Sprache brauchen

Der vorliegende Beitrag wurde beim Deutschen Studienpreis 2016 mit einem 1. Preis in der Sektion Sozialwissenschaften ausgezeichnet. Er beruht auf der 2015 an der Ludwig-Maximilians-Universität München eingereichten Dissertation »Sachzwang und Alternativlosigkeit. Eine politische Anamnese« von Dr. Astrid Séville.

## Die Rhetorik von Alternativlosigkeit und Sachzwang Warum wir eine demokratische Sprache brauchen

Dr. Astrid Séville

»Kluge Männer machen sich immer ein Verdienst aus ihren Handlungen, auch wenn sie allein die Notwendigkeit dazu zwingt.« (Machiavelli 1517)

Niccolò Machiavelli ist für seine politischen Ratschläge berühmt-berüchtigt. Zwischen Anleitungen zum politischen Machterhalt und zur notwendigen Grausamkeit eines Herrschers hat uns dieser Denker des florentinischen Stadtstaates den obigen Rat zu »politischer Klugheit« hinterlassen. Was würde wohl Machiavelli zu Politikerinnen und Politikern<sup>1</sup> sagen, die sich offensiv auf Notwendigkeit, Alternativlosigkeit oder Sachzwänge berufen, statt sich verdienstvoll ihrer politischen Taten zu rühmen?

Heute scheint diese Frage aktueller denn je, denn das viel diskutierte Mantra der Alternativlosigkeit diente jüngst als Krisenrhetorik: Bundeskanzlerin Angela Merkel nutzte »alternativlos« als eine rhetorische Allzweckwaffe, um etwa den Bail-out Griechenlands zu rechtfertigen (Merkel 2010). Im Januar 2014 verteidigte der damalige EU-Währungskommissar Olli Rehn das Krisenmanagement der Eurozone bei einer Anhörung im Europäischen Parlament mit den Worten: »Es war nicht alles perfekt, aber es gab nun mal keine Alternative« (Bonse 2014). Auch die Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, formulierte, dass es »keine Alternative zu Austerität« gebe (Le Monde 2013a). In den letzten Jahren zitierten europäische Premierminister reihenweise Margaret Thatchers berühmten Slogan »There is no alternative« (TINA), so der britische Premierminister David Cameron zur Verteidigung seiner Haushaltspläne im Parlament (Chapman 2013) oder der ehemalige französische Premier Jean-Marc Ayrault zur Disziplinierung parteiinterner Kritiker (Le Monde 2013b). Das sogenannte TINA-Prinzip ist im politischen Diskurs allgegenwärtig.

Nun sind wir längst keine Bürger in Machiavellis florentinischem Stadtstaat des 16. Jahrhunderts mehr – die einstige Fürstenwillkür ist einem demokratischen Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit gewichen. In westlichen Demokratien stellen sich Parteien den Wählerinnen und Wählern mit einem politischen Programm zur Wahl; ihre Vertreter fungieren als verantwortliche Amtsträger. Demokratie bedeutet auch Herrschaft auf Zeit – Regierungen müssen sich am Ende einer Legislaturperiode einer erneuten Wahl stellen und können abgewählt werden. In parlamentarischen Systemen begreifen wir die

---

<sup>1</sup> Im folgenden Beitrag wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit darauf verzichtet, bei der Nennung von Akteuren und Akteursgruppen stets die weibliche Form zu ergänzen. Wenn nicht anders gekennzeichnet, sind Akteure unabhängig ihres Geschlechts einbezogen.

Funktion der Regierung und der Opposition sowie den Moment des Regierungswechsels gleichermaßen als notwendig und legitim, denn Demokratie funktioniert als ein politischer Prozess, bei dem Entscheidungen debattiert, in ergebnisoffenen Verfahren getroffen und gegebenenfalls überarbeitet oder rückgängig gemacht werden können. Daher ließe sich erwarten, dass sich eine Diskussion politischer Alternativen aus der Logik liberaler Demokratien ergibt. Auch in internationalen Organisationen wie dem IWF finden im Regelfall Entscheidungen nach Anhörungen von Experten bei sogenannten »Policy-Briefings« und Debatten um Handlungsoptionen statt.

Umso mehr stellt sich die Frage, warum politische Akteure eine Rhetorik der Alternativlosigkeit gebrauchen. Sie dürften schließlich ein Interesse daran haben, ihren (partei)politischen Standort, ihre Kompetenz sowie Entscheidungsfähigkeit zu unterstreichen oder – mit Machiavelli – ihre Verdienste zu benennen. Ist der politische Handlungsspielraum also tatsächlich kleiner geworden, oder werden vorhandene politische Optionen im politischen Diskurs verschleiert? Gibt es womöglich einen strukturell bedingten Hang zeitgenössischer Politik zu Beschwörungen von Sachzwang und Alternativlosigkeit?

In meiner Dissertation untersuche ich die Ursachen, Kontexte und Motive von TINA-Rhetorik als einer politischen Strategie und problematisiere ihre Wirkung innerhalb eines politischen Systems sowie auf eine demokratische Bürgergesellschaft. Es gibt, so meine Ausgangsüberlegung, eine Wechselwirkung zwischen politischem Diskurs und Politikverständnissen innerhalb von Gesellschaften. Daher ist es sowohl für politische als auch für zivilgesellschaftliche Akteure von großer Relevanz, sich der Bedeutung politischer Kommunikation in einer demokratischen Öffentlichkeit bewusst zu werden. Vor dem Hintergrund meiner Analyse will ich zeigen, dass es einen politischen Diskurs zu kultivieren gilt, der demokratisches Regieren in eine demokratische Sprache übersetzt. Folglich können die Ergebnisse meiner Arbeit in der heutigen Debatte um eine Politik der Alternativlosigkeit und ihre politischen Folgen sachkundige Orientierung bieten.

### **TINA-Rhetorik als Symptom postdemokratischer Zustände?**

Auf den ersten Blick scheint die Berufung auf Alternativlosigkeit die Diagnose eines Wandels liberaler Demokratien zu Beteiligung und Transparenz abwehrenden Postdemokratien zu bestätigen. Politische Akteure erwecken den Eindruck, keine Gelegenheit zu freien, kontroversen und institutionell entschleunigten Willensbildungsprozessen zu haben. Regierungsoptionen scheinen eingeschränkt und demokratische Gestaltungs- und Handlungsspielräume immer kleiner. Die Aufgabe der Opposition, andere politische Möglichkeiten und Wege aufzuzeigen, wirkt angesichts »alternativer« Entscheidungen illusorisch oder gar obsolet.

Im Zuge der Krise der Eurozone verschärfte sich zudem die Wahrnehmung, Demokratie und mit ihr Ansprüche auf soziale Gerechtigkeit würden »durch Märkte domestiziert« (Streeck 2013: 163). Im Laufe des Krisenmanagements bedienten sich die politischen Akteure einer strategischen Technokratisierung und versuchten, langwierige parlamentarische Verfahren und Debatten zu Krisenmaßnahmen zu verhindern (Enderlein 2013). Wir haben es demnach mit einer für die Demokratie doppelt riskanten Konstellation zu tun: Die Strukturen und Regeln des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems erscheinen auf der einen Seite als eine »Zwangsjacke«, in der nationalen Regierungen gar keine andere Wahl als Austeritätspolitik bleibt. Auf der anderen Seite seien wir einer zunehmend technokratischen und exekutivlastigen Regierungsweise unterworfen, die kaum noch auf Bürgerbegehren reagiere und legitime Interessenkonflikte an den Rand dränge. Jürgen Habermas brachte es auf die Formel eines europäischen »Exekutivföderalismus im Sog der Technokratie« (Habermas 2013: 93). Politik läuft schließlich Gefahr, als eine technokratische Verwaltung von – ökonomischen – Sachzwängen begriffen zu werden.

Die politikwissenschaftliche Forschung lehrt uns aber, die Diagnosen einer Ohnmacht der Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu hinterfragen. Wissenschaftliche Analysen zeigen eben nicht, dass der globalisierte Finanzmarktkapitalismus die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung verunmöglicht und unser Nachdenken über Demokratie zu einem Glasperlenspiel geworden ist. Auch inmitten zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung, internationaler und völkerrechtlicher Einbettung und Globalisierung behält der Nationalstaat eine große Kapazität als Ort politischer Problemlösung. Es lässt sich also als Pointe festhalten, dass politische Handlungsräume selbst Objekt politikwissenschaftlicher und politischer Debatten sind – Sach- und Handlungszwänge sind selbst Gegenstand politischer Gestaltung und Deutung.

Dies führt mich zu der Frage, wie politische Akteure mit dem ihnen gegebenen politischen Möglichkeitsraum umgehen, welche produktiven Handlungsoptionen sie wahrnehmen und welche restriktiven Handlungskorridore sie bekräftigen. Gerade daher ist es für die politische wie auch wissenschaftliche Debatte wichtig, die politischen Interessen und Strategien hinter einer Rhetorik von Alternativlosigkeit und Sachzwang zu erkennen und darüber zu diskutieren, wie demokratische Politik funktioniert und was sie mit ihrer Aufgabe, kollektiv verbindliche Entscheidungen für ein Gemeinwesen zu treffen, zu leisten vermag.

Um dieser in meinen Augen gesellschaftlich notwendigen Diskussion profunde Argumente zur Verfügung zu stellen, verbinde ich in meiner Dissertation eine demokratietheoretische Perspektive mit

einer Analyse politischer Entscheidungen sowie ihrer jeweiligen Rechtfertigung im öffentlichen Raum. Hierbei nehme ich eine wichtige Verschiebung zur vorherrschenden Debatte vor: TINA-Rhetorik ist für mich mehr als ein bloßes Symptom von Entpolitisierung, Entdemokratisierung oder Technokratisierung. Ich untersuche die Funktion von Alternativlosigkeitsrhetorik, ihre argumentative Struktur sowie ihre jeweilige Verquickung mit politischen Entscheidungen. Eine meiner zentralen Thesen lautet, dass TINA-Rhetorik über eine politische Funktion verfügt, aber demokratisch dysfunktional ist. Um diese Ambivalenz zu begreifen, ist TINA-Rhetorik in ihrer doppelten Wirkung nachzuvollziehen: als eine Regierungstechnik, welche die Durchsetzung bestimmter Entscheidungen erleichtern soll, aber zugleich diskussionsintensive (»deliberative«) und demokratische Verfahren behindert.

### **Die politische Funktion und das demokratische Problem der Rede von Alternativlosigkeit**

Folgende politische Funktionen der TINA-Rhetorik lassen sich umreißen: Der Verweis auf Alternativlosigkeit kann dazu dienen, einen Rechtfertigungs- und Legitimationsballast von unliebsamen Entscheidungen zu umgehen oder zu verringern. Die Rhetorik kann einer strategischen Vermeidung oder Verschleierung von politischer Verantwortung dienen, zum Beispiel, indem auf nationaler Ebene auf europäische Handlungsvorgaben, auf europäischer Ebene wiederum auf nationale Anforderungen verwiesen wird. Eine solche Strategie nennt die Forschung *blame avoidance*. In diesem Sinne kann TINA als eine Verzichtsrhetorik nützlich sein, um die hohen Erwartungen von Wählern an demokratische Repräsentanten und ihren Handlungsspielraum zu schmälern.

Mittels TINA-Rhetorik sollen langsame Verfahren beschleunigt, Debatten beendet und resolute Entscheidungen gerechtfertigt werden. Die Rhetorik kann auch dem Eindruck politischer Ohnmacht entgegengesetzt werden, indem durch eine Bekräftigung der Alternativlosigkeit des eigenen Standpunkts Autorität, Handlungsfähigkeit und Durchsetzungsfähigkeit angesichts langwieriger Verfahren kommuniziert werden sollen. Ein solcher dezidierter Ausweis politischen Handlungswillens und Entschlossenheit wird in der Forschung als *Credit claiming*-Strategie bezeichnet.

TINA-Rhetorik wird oftmals in Momenten mit hohem Konflikt- und Krisenpotenzial eingesetzt, so zum Beispiel im Krisenjahr 2010. Verweise auf Alternativlosigkeit oder Notwendigkeit entlasten von schwierigen normativen Fragen; sie suggerieren eine politische Sicherheit, wenngleich politische Akteure unter Bedingungen von Unsicherheit und angesichts umstrittener Folgeabschätzungen oder unklarer Konsequenzen entscheiden müssen. Hierbei können mittels TINA-Rhetorik die Kosten politischer Entscheidungen verschleiert, Interessenkonflikte umgangen und gesellschaftliche Konsensressourcen geschont werden. TINA-Rhetorik, will man es positiv formulieren, kann die Spannung aus einer Situation

herausnehmen – politische Akteure können bemüht sein, mit dieser Krisenrhetorik zu deeskalieren und die Politisierung und Polarisierung einer Entscheidung zu verringern. Der Verweis auf Alternativlosigkeit fungiert als ein strategischer *Abwehrmechanismus*.

Die Analyse konkreter TINA-Diskurse führt zu dem Ergebnis, dass jene Funktionen miteinander verzahnt sind und der Effekt kommunikativer Rechtfertigungsstrategien je nach Kontext und jeweiliger Zielgruppe bewertet werden muss. So lässt sich zum Beispiel im Krisenmanagement der Eurozone erkennen, dass die TINA-Rhetorik politischer Akteure jeweils andere Wirkungen auf das eigene demokratische Wahlvolk, auf europäische Verhandlungspartner oder auf Akteure des (Finanz-)Markts entfaltet. Was auf nationaler Ebene als Ausweis von Durchsetzungsfähigkeit funktioniert, kann dank europaweiter Berichterstattung für Verstimmungen in anderen Ländern sorgen, dortigen Politikern als Grundlage für eine Verschiebung von Verantwortung dienen oder zu fatalen Reaktionen auf den Märkten führen.

In den Funktionen der TINA-Rhetorik liegt, wie bereits angeklungen, nun auch ein Problem für demokratische Verfahren und Kommunikation: TINA-Rhetorik kann den Eindruck eines autoritären Politikstils erzeugen, indem auf »objektiv« erkennbare Erfordernisse oder Evidenz verwiesen wird. Versteht man die politische Debatte als eine gemeinsame Konsenssuche oder auch nur als rationale Verhandlung zwischen politischen Akteuren, droht diese überflüssig zu werden. Eine Logik der Notwendigkeit (»necessitarische Logik«) droht, dominant zu werden und Parteipolitik zu diskreditieren. Sofern Politiker auf Sach- oder Handlungszwänge verweisen, riskieren sie, in den Augen der Bürger machtlos zu erscheinen, da solche Verweise nahelegen, dass sie zu tatsächlichen Entscheidungen in demokratischen Verfahren nicht fähig seien. Politische Akteure können selbst den Eindruck verfestigen, dass sie nicht länger die richtigen Adressaten für hohe Wählererwartungen seien; sie riskieren den Eindruck, Teil einer Elitenverflechtung zwischen Staat und Wirtschaft oder Geiseln von (wirtschaftlichen) Umständen oder Mächten zu sein. All dies kann bei Bürgern zu Politikverdrossenheit führen. Politische Akteure untergraben also zuweilen selbst die Annahme politischer Steuerungskapazität.

### **TINA-Rhetorik und die politische Kampfvokabel des »Neoliberalismus«**

Demgemäß begreift eine Vielzahl sozialwissenschaftlicher Forscher wie auch Bürger die politische TINA-Rhetorik als symptomatisch für eine Institutionalisierung und Implementierung eines Politikansatzes, der politischer Steuerung und Intervention skeptisch bis kritisch gegenübersteht. TINA gilt als Mantra des Neoliberalismus. Schon lange argumentieren zahlreiche Autoren, dass mit der TINA-Rhetorik eine Politik der Liberalisierung und Ökonomisierung gerechtfertigt werde.

Aber die politische Kampfvokabel »Neoliberalismus« bleibt zu Recht bis heute kontrovers, denn der Begriff leidet an seiner Überdehnung und ideologischen Instrumentalisierung. Um sich mit diesem zeitdiagnostisch wichtigen, aber politisch aufgeladenen Begriff wissenschaftlich auseinandersetzen zu können, wird er als Konzept mit Hilfe des bestehenden Forschungsstands wie folgt definiert: Neoliberale Politik kreist um freie Marktwirtschaft und fußt auf der Prämisse individueller Freiheit sowie einer begrenzten Regierungstätigkeit. Dies ist mit der Idee verbunden, dass freie Individuen rationale Interessen verfolgen und eine für sie vorteilhafte Position auf Märkten suchen. Politische Prioritäten sind ein flexibler Arbeitsmarkt, Wettbewerbssteigerung und Produktivität; der Markt wird als effizientester Mechanismus zur Allokation knapper Ressourcen verstanden. Marktliberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, ein weltweites Freihandelsregime und freie Kapitalflüsse dienen als politische Ziele.

Allerdings bestätigt meine Dissertation den aus der Forschung bekannten Befund, dass es stets schwierig bleibt, die politischen Maßnahmen einer Regierung als eindeutig »neoliberal« zu kategorisieren, denn in jeder Regierungspolitik finden sich heterogene, ja mitunter widersprüchliche Positionen und Entscheidungen. Neoliberales Regieren war und ist auch nie gleichbedeutend mit einem simplen Staatsabbau oder Rückzug der Politik, wir müssen uns also um eine differenzierte Analyse bemühen und ideologische Verkürzungen vermeiden.

Gerade weil die politische und politikwissenschaftliche Debatte TINA-Rhetorik oftmals mit Neoliberalismus kurzschließt, weitert meine Dissertation diese Perspektive und untersucht drei Fallbeispiele: 1) das politische Projekt Margaret Thatchers, den sogenannten Thatcherismus, 2) die sozialdemokratische Politik des »Dritten Weges« am Beispiel New Labours unter Tony Blair und Gordon Brown und 3) das Krisenmanagement zur Bewältigung der Krise innerhalb der Eurozone. Diese Fälle werden als symptomatische TINA-Diskurse begriffen, weil in allen drei Fällen die Rhetorik der Alternativlosigkeit eine zentrale Rolle spielt. Sie veranschaulichen zugleich Varianten der TINA-Rhetorik im Laufe der Stabilisierung, Normalisierung und Krise einer wirtschaftspolitischen Governance, die sich mitunter selbst als wirtschaftsliberal, wenn nicht, wie im Falle Thatchers, als offen »neoliberal« ausgibt. Meine Dissertation führt somit auf der einen Seite die hochgradig aktuelle Forschung zur politischen Geschichte »neoliberalen Regierens« fort und schließt zugleich die dortige Forschungslücke zum Wandel politischer Kommunikation.

Auf der anderen Seite zeigt meine Arbeit anhand dieser symptomatischen TINA-Diskurse allgemeine Diskursmechanismen, durch die politische Optionen ausgeschlossen oder diskreditiert werden. Diese Mechanismen lassen sich auch in anderen Politikfeldern wie beispielsweise der Klimapolitik oder in der gegenwärtigen Bewältigung der Flüchtlingskrise beobachten. Über politische oder ideologische

Engführungen hinaus wird somit die Verbindung zwischen TINA-Rhetorik und Regierungspraktiken erhellt, denn TINA-Rhetorik fungiert als eine Regierungsstrategie und ist in die breitere Debatte um politische Steuerung einzubetten. Hierzu entwickle ich anhand meiner Fallbeispiele verallgemeinerungsfähige Modelle politischer Diskurse.

### **Idealtypische Diskursmodelle: Vom besten, richtigen, notwendigen zum experimentellen Weg der TINA-Politik**

Um die verbreitete Ansicht kritisch zu differenzieren, es handele sich bei TINA-Rhetorik schlichtweg um den Ausweis einer technokratischen und neoliberalen Politik, stelle ich der Analyse meiner Fallbeispiele einen Prolog zu einem Modell technokratischer und entpolitisierter Politik voran. Hierbei greife ich auf den in der jüngeren Politikwissenschaft zu Unrecht vernachlässigten Nachkriegssoziologen Helmut Schelsky (1912-1984) und seine These eines »technischen Staats« zurück, die dieser 1961 öffentlichkeitswirksam vortrug. Schelskys Entwurf brachte technokratische Diskurse auf geradezu modellhafte, prototypische Weise auf den Punkt. Schelsky, der in seinem Einfluss auf Debatten in der jungen »Bonner Republik« kaum überschätzt werden kann, war Teil einer intellektuellen und ideologischen Strömung namens »technokratischer Konservatismus«. Dessen Autoren diskutierten ein Politikmodell für das industrielle, wissenschaftliche und technische Zeitalter; sie analysierten die schwindenden Freiheitsgrade im Verstrickungszusammenhang von Gesellschaft, Verwaltung, Bürokratie, Wissenschaft und Technik.

Diesem Denken zufolge führt die Struktur der industriellen Gesellschaft dazu, dass Bürger nicht länger über ihren Horizont hinaus »objektiv«, interessenlos urteilen, geschweige denn politisch entscheiden können. Nur Experten könnten Sachgesetzmäßigkeiten und sachlich-rational das Gemeinwohl erkennen. Sachlichkeit wird bei Schelsky schließlich zu einem demokratiekritischen Begriff. Politik sei in der wissenschaftlichen Zivilisation darauf beschränkt, praktische und technische Zwänge anzuerkennen und umzusetzen. Die bisherigen Wahlmöglichkeiten der Politik seien lediglich ein wissenschaftsinternes Problem: »Je besser die Technik und Wissenschaft, umso geringer der Spielraum politischer Entscheidung« (Schelsky 1961: 458). Politische Erwägungen würden gleichsam überflüssig – es herrsche der zwanglose Zwang wissenschaftlicher Evidenz, technischer Funktionalität und Machbarkeit. Am Ende gebe es nur noch einen einzigen, rational und objektiv besten Weg: den »one best way«.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Wie die politische Entwicklung zeigt, bewahrheitet sich Schelskys Modell des technischen Staats nicht: Weder tritt Herrschaftslosigkeit ein, noch walten technische oder wissenschaftliche Sachgesetzmäßigkeiten. Zwar lässt sich eine Zunahme wissenschaftlicher Politikberatung erkennen, doch auch inmitten einer vermeintlichen »Versachlichung« von Politik kreist diese weiter um politische Herrschaft, Interessenausgleich und Kompromisse. In meiner



Entgegen diesem bei Schelsky noch als kritische Zuspitzung gemeinten Technokratiemodell und seinem dystopisch anmutenden Abgesang auf politische Entscheidungsmöglichkeiten lassen sich meine drei Fallanalysen von TINA-Rhetorik als Beispiele dezidiert politischer Rhetorik kontrastieren. Um die Unterschiede und Verschiebungen in den jeweiligen politischen Verweisen auf Alternativlosigkeit zu benennen, systematisiere ich die Merkmale dieser Diskurse für den Fall von Margaret Thatchers Rhetorik modellhaft und idealtypisch als einen »one right way«; für New Labour als »one necessary way«. Die TINA-Rhetorik im Zuge der Eurokrise erfasse ich als »one experimental way«. Diese Differenzierung lässt sich folgendermaßen erläutern:

Die politische Verwendung der TINA-Rhetorik bei Margaret Thatcher verdeutlicht, dass Thatcher nicht zugunsten wissenschaftlicher Expertise oder Technokratie entpolitisieren bzw. entideologisieren will, sondern ihre Überzeugung zur Schau stellt, dass ihre zugleich wirtschaftsliberale und gesellschaftspolitisch konservative Politik die einzig vernünftige Agenda sei. Thatcher gebraucht hierzu Metaphern gewöhnlicher, alltäglicher Normen, Ansichten und Werte. Sie erklärt etwa, dass ihre Regierung haushalte, wie jeder Haushalt haushalten müsse. Dieses Bild einer vernünftigen und anständigen Premierministerin, die das schlichtweg moralisch und logisch Gebotene umsetzt, spiegelt sich in Thatchers stetigen Verweisen auf den gesunden Menschenverstand, auf den »common sense«. Die Rhetorik der Alternativlosigkeit ist im Thatcherismus eine konditionale Rhetorik, da sie auf der Prämisse geteilter Moralvorstellungen basiert. Es ist ein »one right way«.

Eben weil sie die politische und normative Richtigkeit ihrer Politik so ausstellt und die politische Alternative, nämlich den »Sozialismus« der Labour-Partei als empirisch gescheitert bezeichnet, bedient sich Thatchers Politik eines konfliktiven Diskurses und der Kategorien von Richtig - Falsch, Freund - Feind. So verweist die Rhetorik der Alternativlosigkeit hier auf politische Entscheidungen und die Diskreditierung anderer Politikoptionen – TINA-Rhetorik ist kein Ausweis einer mittelfristigen Ohnmacht von Politik, sondern artikuliert einen politischen Steuerungsanspruch. Zugleich zeigt sich bei Thatcher aber ein problematisches Verständnis parlamentarischer Verfahren und demokratischer Opposition. Der Thatcherismus stellt bis heute wesentliche Weichen für die britische Politik. Angesichts der Herausforderungen für die Sozialdemokratie am Ende des 20. Jahrhunderts erfindet sich die Labour-Partei als New Labour »neu« und rechtfertigt nun veränderte politische Positionen als strukturelle Anpassung an Zwänge. TINA-Rhetorik ist hierbei in einen Diskurs von Sachzwängen des globalen Finanzmarkt-Kapitalismus und der Wissensökonomie eingebettet.

---

Dissertation halte ich daher als Erkenntnis fest: Expertise substituiert nicht, sondern komplementiert Politik. Es muss weiterhin politisch entschieden werden.

Globalisierung wird zu einer greifbaren, offensichtlichen Bedrohung; politisch-ökonomische Modernisierung erscheint unumgänglich. Premierminister Tony Blair, sein Minister und späterer Premierminister Gordon Brown erklären, dass wirtschaftliche Liberalisierung und Deregulierung angesichts gemeinsam zu bewältigender »Herausforderungen« notwendige »hard choices« seien. Um in der Globalisierung, Weltwirtschaft und Wissensökonomie zu bestehen, gelte es, sich ungeachtet ideologischer Prämissen zu reformieren. Der Dritte Weg verkörpert somit ein Modell des »one necessary way«. Mit den Verweisen auf schiere Notwendigkeit sollen vor allem parteiinterne Kritiker einer Neujustierung der sozialdemokratischen Politik marginalisiert werden. In diesem Sinne lassen sich zahlreiche Befunde für die britische Labour-Partei auch auf ihr deutsches Äquivalent, die SPD unter Gerhard Schröder, anwenden.

Das Schwanken zwischen einer emphatischen Identifikation mit der verfolgten Politik und einer demonstrativen Darstellung eines sich an Notwendigkeit orientierenden Pragmatismus ist für die »neuen Sozialdemokraten« sinnbildlich. Die Neue Mitte artikuliert – auch in Deutschland unter Gerhard Schröder – einen emphatischen Pragmatismus, so die Pointe meiner Analyse. Schließlich ist der TINA-Diskurs im Gegensatz zu Thatchers Rhetorik nicht länger auf Konflikt ausgelegt, denn Alternativlosigkeit artikuliert hier eine politisch-ideologische Synthese, die jenseits alter ideologischer Gräben inklusiv wirken soll und dazu auch wissenschaftliche Expertise als Autorität mobilisiert.

In meinem dritten Fall, dem politischen Management der Eurokrise, verbinden sich zwei Aspekte in der TINA-Rhetorik: eine Politik in den Fallstricken europäischer, inter- sowie suprastaatlicher Entscheidungsverfahren und die Vorstellung einer tief greifenden Krise bzw. eines »Notstands«, der etwa keine Alternative zu Banken- und Staatsrettungen lasse. Alternativlosigkeit fungiert hier zugleich als eine Strategie von »blame avoidance« (siehe oben) und als eine Chiffre der Krise, ja des Notstands. TINA-Rhetorik dient dazu, Entscheidungen zu legitimieren, die politische Akteure angesichts unbekannter Krisenverläufe und Entscheidungskonsequenzen unter Unsicherheit und Zeitdruck treffen müssen. Es besteht somit ein Zusammenhang zwischen einer Krise, in der Ordnungen, wirtschaftspolitische Rezepte und bisherige Denkmuster brüchig werden, und der Rhetorik der Alternativlosigkeit, mit der sich politische Akteure auf Notwendigkeiten, Evidenzen und Sachzwänge zurückziehen und so die Krise zu managen versuchen. TINA-Rhetorik ist ein Kriseninstrument.

Die politischen Forderungen, die mit der TINA-Krisenrhetorik diskursiv verknüpft werden, unterscheiden sich in den einzelnen europäischen Mitgliedstaaten. Es werden jeweils spezifische Notwendigkeiten und Sachzwänge politisch angeführt, etwa der historisch gewachsene, daher »alternativlose« Wert der Solidarität sowie der Wunsch nach stärkerer wirtschaftlicher Regulierung in Frankreich gegenüber der

Erwartung von Fiskaldisziplin und einem ordoliberalen Denken in Deutschland. Folglich spiegeln sich in TINA-Rhetoriken politische Kulturen und unterschiedliche Verständnisse politischer Steuerung.

Die Krise der Eurozone verdeutlicht einmal mehr das strukturelle Dilemma zwischen demokratischer Legitimität, Zurechenbarkeit und Transparenz, effizienten Ergebnissen und Regieren im Felde europäisierter Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die beobachtbaren Verschiebungen im politisch-institutionellen Machtgefüge zugunsten außerordentlicher Treffen von nationalen Exekutiven auf Europaebene, zugunsten der Europäischen Kommission und der sogenannten Troika aus EU-Kommission, Vertretern von IWF und Europäischer Zentralbank (EZB) drohen den Bedeutungsverlust von (nationalen) Parlamenten zu verschärfen.

Im Krisenmanagement lassen sich schließlich zwei Strategien gegenüberstellen: eine Rhetorik des Notwendigen und eine Rhetorik des Möglichen jenseits enger, orthodoxer Handlungsrahmen. Mario Draghi, Chef der EZB, deklariert etwa in seiner mittlerweile legendären Pressekonferenz, dass er zur Kriseneindämmung täte, »whatever it takes« (Draghi 2012). Diese bloße Ankündigung beruhigt tatsächlich die Märkte, doch überdehnt die EZB als eine »Notstandsregierung« für zahlreiche Kritiker ihr Mandat. Wichtig festzuhalten ist die Erkenntnis, dass die Lösungsversuche der Eurozone mitunter den institutionellen Handlungsrahmen der EU-Verträge maximal ausreizen, nahezu sprengen. Die getroffenen Maßnahmen wie Rettungsschirme, Verschärfung des Fiskalpakts usw. übersteigen einfache »Sachzwänge« oder »Handlungszwänge« und etablieren neue Handlungspfade. In der Tat sind die in der Krise getroffenen Maßnahmen und Reformen auch Experimente, wengleich Angela Merkel noch im September 2013 Konrad Adenauers Slogan »Keine Experimente« als Wahlkampfspruch nutzte. Das von Wolfgang Schäuble so genannte »Fahren auf Sicht«, das in der Forschung als Handlungslogik des »Durchwurschtelns« (»muddling through«) bekannt ist, verdeutlicht für diesen Fall, dass TINA-Rhetorik hier einen »one experimental way« kennzeichnet.

### **Fazit – Plädoyer für eine demokratische Sprache**

Es wurde deutlich, dass die drei Fallbeispiele meiner Dissertation dazu dienen, eine politikhistorische Rekonstruktion der TINA-Rhetorik vorzunehmen und zugleich die Differenzen und Verschiebungen von Alternativlosigkeitsdiskursen zu erhellen. Die erarbeiteten Varianten von TINA-Rhetorik haben mich zu idealtypischen, also abstrahierenden, pointierten Modellen geführt und können so eine Heuristik für weitere Analysen bereitstellen. Sie ermöglichen es, über die untersuchten Fälle hinaus politische Diskurse zu systematisieren und einzuordnen.

Ein ehrgeiziges Ziel meiner Dissertation war es, mit der Analyse der TINA-Rhetorik die gegenwärtigen Herausforderungen an demokratisches Regieren auf den Punkt zu bringen. Anfangs habe ich meine Absicht unterstrichen, die prominente Interpretation der Rede von Alternativlosigkeit als symptomatisches Mantra der Technokratie, des Neoliberalismus oder des postdemokratischen Zeitalters zu differenzieren. Es bleibt weiterhin richtig, dass sich eine Regierung mit der TINA-Strategie gegen Kritik immunisieren und zuweilen politische Verantwortung verschieben will. Doch darüber hinaus kann die Rhetorik der Alternativlosigkeit auch als eine Strategie verstanden werden, politische Verantwortung umzudefinieren.

Bürger adressieren zeitgleich zu einer Entwicklung, bei der Nationalstaaten nicht länger als »Herrschaftsmonopolisten«, sondern als »Herrschaftsmanager« in einem komplexen Gefüge aus internationalen Verpflichtungen und globalen Konfliktlagen agieren (Genschel/Zangl 2008), ihre politischen Forderungen an eben diese Nationalstaaten. Politik muss also auf gesteigerte Handlungszumutungen und auf hohe Anforderungen an politische Lösungen bei einer sich gleichzeitig verändernden Form von Staatlichkeit reagieren. In Krisen müssen Politiker zudem ohne hinreichendes Wissen um Kausalitäten und Konsequenzen ihres Tuns entscheiden. Die Spannbreite der Effekte politischer Entscheidungen vergrößert sich, während die Zeit, Entscheidungen zu treffen, zu schwinden droht. Diese Herausforderung an die nationalstaatlich organisierte und aus institutionellen Gründen langsame Demokratie verschärft sich in einer Krise hochgradig volatiler Finanzmärkte. Es ist also eine Frage von hoher gesellschaftlicher und politischer Relevanz, ob politische Akteure die Rhetorik der Alternativlosigkeit als eine Strategie angesichts einer zunehmenden Entkernung politischer Souveränität bei gleichzeitiger Anspruchserhöhung einzusetzen versuchen. Wird also mit Verweisen auf Alternativlosigkeit, Notwendigkeit oder Handlungszwänge die wahrgenommene Lücke zwischen Kompetenzannahmen und politischer Handlungsfähigkeit zu überbrücken oder zu kaschieren versucht? Zu behaupten, dass politische Entscheidungen alternativlos seien, kann ein Versuch politischer Akteure sein, den gestiegenen Druck auf das politische System zu kompensieren und sich nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch ideenpolitisch und legitimatorisch »Zeit zu kaufen« (Streeck 2013).

Dennoch bleibt es bei meinem starken, demokratietheoretisch untermauerten Einwand: Die Sprache der Alternativlosigkeit ist keine genuin demokratische Sprache. Als eine häufig anzutreffende Selbstbeschreibung politischer Akteure beeinflusst sie die Wahrnehmung von Demokratie und damit gesellschaftliche Politikverständnisse. Die – wenn auch nur strategisch genutzte – TINA-Rhetorik gefährdet demokratisches Vertrauen; die Etikettierung einer Entscheidung als einzig vernünftige oder moralisch gebotene Entscheidung diskreditiert Protest und Widerspruch als potenziell irrational oder illegitim. Wenn Politiker den Bereich machbarer Politikentscheidungen kommunikativ einzugrenzen

versuchen, kann dies als Abschmettern von Wählererwartungen und als Diskreditierung legitimer politischer Gegenvorschläge verstanden werden.

Es ist noch einmal wichtig zu betonen, dass die TINA-Rhetorik der parteipolitischen Handlungslogik innerhalb parlamentarischer Systeme nicht Rechnung trägt, denn im Verhältnis von Opposition und Regierung kann und darf eine kontroverse Debatte produziert werden. Dadurch werden Handlungsspielräume thematisiert, Entscheidungsmöglichkeiten eingeklagt und Alternativen sichtbar. Eine starke Opposition untergräbt nicht die kollektive Verbindlichkeit von Entscheidungen der parlamentarischen Mehrheit, sondern fungiert als Legimitätsverstärker, da überstimmte Bürger ihre politischen Belange weiterhin im parlamentarischen Willensbildungsprozess repräsentiert sehen und auf einen Politikwechsel warten und hoffen können. Demokratie bleibt, so die minimalistische Konzeption von Adam Przeworski, »a system in which parties lose elections« (Przeworski 1991: 10). Suggestiert die Alternativlosigkeitsrhetorik, dass auch eine Opposition politische Entscheidungen, Normen oder Ordnungen nicht länger hinterfragen oder revidieren kann oder soll, kann dies zu Frustration, Politikverdrossenheit und einem Abwandern parlamentarischer Opposition in außerparlamentarische Foren oder in eine Erneuerung und Radikalisierung von Opposition führen. Auch um eine politisch enttäuschte Zivilgesellschaft oder gar ein politisches Desinteresse von Wählern zu verhindern, müssen wir weiterhin langsame demokratische Verfahren und Diskussionen aushalten und nicht zugunsten schneller Lösungen und Autorität beschneiden.

Da TINA-Rhetorik zu einer Entfremdung zwischen Bürgern und Politik, ja langfristig zu einer Destabilisierung der politischen Kultur führen kann, bleibt sie demokratisch dysfunktional. Sie riskiert sogar, populistischen Protestparteien Aufwind zu verschaffen. Wie repräsentative Umfragen und Studien zeigen, droht sich in Teilen der Bevölkerung ein systemkritisches, mindestens demokratie skeptisches Bild von Politik zu verfestigen. Es ist an dieser Stelle bezeichnend, dass sich mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine Partei gegründet hat, die sich schon dem Namen nach als Opposition gegen die vorgebliche politische Alternativlosigkeit im bestehenden Parteiensystem versteht.

Umso mehr ist es von hoher sozialwissenschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung, das Verhältnis zwischen politischem Diskurs und Demokratie(miss)verständnissen zu erhellen. Denn Bewegungen gegen »das System« und Schlachtrufen wie »Lügenpresse« lässt sich nur mit Verve entgegentreten, indem wir über Demokratie als eine politische Ordnung sowie über die Möglichkeiten und Grenzen politischer Handlungsfähigkeit aufklären. Demokratie bedeutet eine stetige politische Debatte und ein Verfahren, bei dem Entscheidungen keine absolute Richtigkeit oder Wahrheit für sich beanspruchen können. Das Anders-sein-Können, die Fehlbarkeit und die Komplexität von politischen Entscheidungen

müssen, auch wenn sie berechtigterweise sowohl von Bürgern als auch von Politikern als Zumutung empfunden werden können, ausgehalten werden. Politische Lösungsversuche dürfen nicht in Apodiktik, Rationalitäts- oder Wahrheitsversprechen und Sicherheitssuggestionen umschlagen, die Politiker dann wieder permanent unterlaufen und so selbst Politikskepsis Vorschub leisten. Gegen Machiavellis anfangs zitierten Ratschlag, dass sich »kluge Männer immer ein Verdienst aus ihren Handlungen machen, auch wenn sie allein die Notwendigkeit dazu zwingt«, würden die TINA-Rhetoriker von heute vielleicht einwenden: »Kluge Politiker nennen es Notwendigkeit, wenn ihre Handlungen ein Verdienst darstellen könnten.« Dank der Ergebnisse meiner Dissertation würde ich entgegnen: Kluge politische Akteure sollten wählbare Alternativen formulieren, Fantasien gesellschaftlicher Gesamtsteuerung zerstreuen, Verfahren der politischen, parlamentarischen Entscheidungsfindung bejahen und den politischen Sinn des Kompromisses affirmativ herausstellen.

**Im Beitrag genannte Literatur:**

- Bonse, Eric (2014): Nicht schuld an der Eurokrise. Die Tageszeitung, 14. Januar 2014. <http://www.taz.de/l130998/>, letzter Zugriff am 15.01.2014.
- Chapman, James (2013): »There is no alternative«: Cameron echoes Maggie to defy calls for increased borrowing and tax cuts. Daily Mail, 8. März 2013. [dailymail.co.uk/news/article-2289989/There-alternative-David-Cameron-echoes-Margaret-Thatcher-defy-calls-increased-borrowing-tax-cuts.html](http://www.dailymail.co.uk/news/article-2289989/There-alternative-David-Cameron-echoes-Margaret-Thatcher-defy-calls-increased-borrowing-tax-cuts.html), letzter Zugriff am 10.03.2013.
- Draghi, Mario (2012): Rede auf der Global Investment Conference in London, 26. Juli 2012. <http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2012/html/sp120726.en.html>, letzter Zugriff am 22.02.2015.
- Enderlein, Henrik (2013): Das erste Opfer der Krise ist die Demokratie: Wirtschaftspolitik und ihre Legitimation in der Finanzmarktkrise 2008-2013. Politische Vierteljahresschrift 54/4, S. 714-739.
- Genschel, Philipp/Zangl, Bernhard (2008): Metamorphosen des Staates. Vom Herrschaftsmonopolisten zum Herrschaftsmanager, in: Leviathan, 36/3, S. 430-453.
- Habermas, Jürgen (2013): Im Sog der Technokratie. Kleine Politische Schriften XII, Berlin.
- Le Monde (2013a): Selon Christine Lagarde, il n'y a >pas d'alternative à l'austérité<, 2. Mai 2013. [www.lemonde.fr/economie/article/2013/05/02/selon-christine-lagarde-il-ny-a-pas-d-alternative-a-l-austerite\\_3170174\\_3234.html](http://www.lemonde.fr/economie/article/2013/05/02/selon-christine-lagarde-il-ny-a-pas-d-alternative-a-l-austerite_3170174_3234.html), letzter Zugriff am 17.05.2013.
- Le Monde (2013b): En pleine tempête, le PS veut éviter que son conseil national >ne tourne à la crise<, 13. April 2013. [www.lemonde.fr/politique/article/2013/04/13/en-pleine-tempete-le-ps-veut-eviter-que-son-conseil-national-ne-tourne-a-la-cri-se\\_3159231\\_823448.html](http://www.lemonde.fr/politique/article/2013/04/13/en-pleine-tempete-le-ps-veut-eviter-que-son-conseil-national-ne-tourne-a-la-cri-se_3159231_823448.html), letzter Zugriff am 17.05.2013.
- Machiavelli, Niccolò (1977) [1517]: Discorsi. Gedanken über Politik und Staatsführung. Deutsche Gesamtausgabe, übers., eingl. u. erläutert v. Dr. Rudolf Zorn, 2. Aufl., Stuttgart.
- Merkel, Angela (2010): Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zu den Euro-Stabilisierungsmaßnahmen, gehalten im Deutschen Bundestag am Mittwoch, 19.05.2010. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2010/2010-05-19-merkel-erklaerung-eu-stabilisierungsmassnahmen.html>, letzter Zugriff am 26.05.2010.
- Przeworski, Adam (1991): Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in 16 Eastern Europe and Latin America, Cambridge.
- Schelsky, Helmut (1961): Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, in: Ders.: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze zur Soziologie der Bundesrepublik, Düsseldorf/Köln 1965, S. 439-480.
- Streck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin.